

Deutschland, deine Vermieter



Private Vermieter. Mittlerweile vermieten mehr als fünf Millionen Haushalte in Deutschland eine oder mehrere Immobilien und bieten damit fast zwei Dritteln aller Mieter ein Dach über dem Kopf. Für die meisten privaten Vermieter sind die Einnahmen allerdings nur ein Zubrot, einige machen sogar Verlust. Warum die Politik die privaten Vermieter unbedingt auf dem Schirm haben sollte und wie mehr Menschen der Weg ins Eigenheim ermöglicht werden kann, erläutert IW-Immobilienexperte Pekka Sagner im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Planungsrecht

Bürokratische Vorschriften schaffen Rechtssicherheit, können die Unternehmen aber auch unnötig behindern. Hier muss der Staat unbedingt umsteuern.

—> [Seiten 6-7](#)

Arbeitswelt

Eine Reihe von traditionellen Berufen ist zum großen Teil automatisierbar und gilt damit als vom Aussterben bedroht. Doch das ist keineswegs ausgemacht.

—> [Seiten 8-9](#)

Der Immobilienhai von nebenan



Private Vermieter. In Deutschland vermieten und verpachten rund 5,2 Millionen Haushalte Immobilien – deutlich mehr als früher. Ein genauer Blick in die Daten offenbart allerdings, dass die wenigsten mit den Mietobjekten große Gewinne erwirtschaften. Dennoch sollte die Politik mehr tun, um vor allem jungen Familien ein Eigenheim statt der Mietwohnung zu ermöglichen.

„Schaffe, schaffe, Häusle baue“ – das gilt nach wie vor, wobei die Menschen dann nicht unbedingt „nur“ selbst in der entsprechenden Immobilie leben wollen. Viele Bundesbürger sind mittlerweile nämlich auch als Vermieter tätig (Grafik):

Im Jahr 2019 vermieteten fast 5,2 Millionen Haushalte in Deutschland eine oder mehrere Immobilien. Im Jahr 2000 waren es erst 3,7 Millionen Haushalte.

Das zeigt eine IW-Auswertung der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), für das regelmäßig Haushalte in Deutschland repräsentativ befragt werden. Fast 14 Millionen Einzelpersonen und Familien wohnen demnach aktuell in einer Wohnung, die ihnen von einem privaten Vermieter überlassen wird – das entspricht 63 Prozent aller Haushalte, die in Deutschland zur Miete wohnen, und einem Drittel aller Haushalte.

Allein von 2011 bis 2019 sind laut SOEP eine Million private Vermieterhaushalte hinzugekommen, ein Plus von fast einem Viertel. Zentrale Ursache dafür sind die weiterhin historisch niedrigen Kreditzinsen – und zwar aus gleich zwei Gründen:

1. Mietwohnungen können aktuell deutlich günstiger fremdfinanziert werden als früher. Investoren können sich eine entsprechende Immobilie also auch dann leisten, wenn sie nur einen Teil mit Eigenkapital zahlen können, da die Hypothekenzinsen selbst bei hohen Anschaffungskosten zu stemmen sind.

2. All jene Haushalte, die momentan Geld übrig haben, versuchen natürlich, dieses möglichst gut anzulegen. Bei den niedrigen Sparzinsen ist ein Festgeld dafür nicht ratsam, eine Investition am Wohnungsmarkt schon eher.

Durchs Vermieten reich werden allerdings nur die allerwenigsten privaten Vermieter, weshalb die Vorstellung vom Immobilienhai in der Nachbarschaft nicht weit trägt (Grafik Seite 3 oben links):

Im Median – also an der Stelle, an der die eine Hälfte der Vermieter höhere, die andere Hälfte niedrigere Einnahmen erzielt – lagen die jährlichen Bruttomieteinnahmen abzüglich der Investitionskosten vor Steuern im Jahr 2019 bei 5.600 Euro.

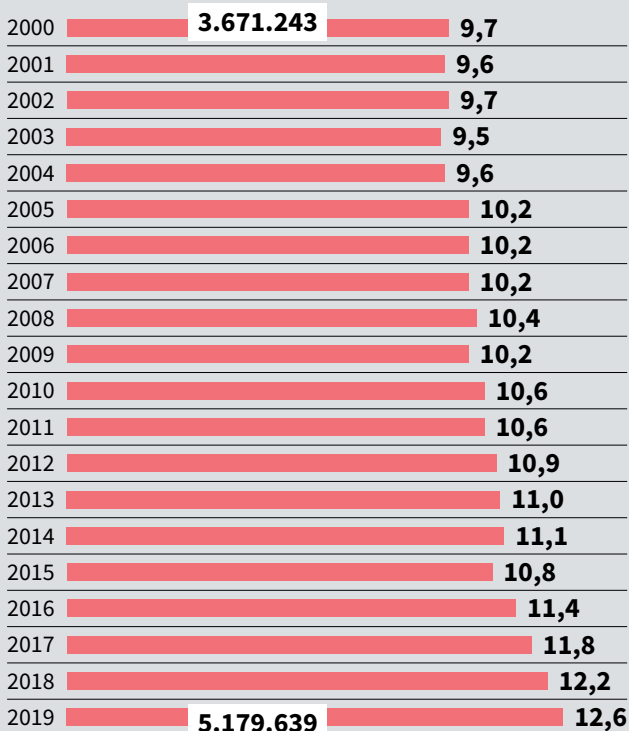
Seit 2000 bedeutet das zwar ein durchschnittliches Plus von rund 2.000 Euro, zu Reichtum führen entsprechende Einkünfte aber nicht.

Das zeigt auch eine andere Auswertung, die die Mieteinkünfte der Höhe nach gruppiert (Grafik Seite 3 unten):

Private Vermieter auf dem Vormarsch

So viel Prozent aller Haushalte in Deutschland vermieteten mindestens eine Wohnung

■ Zahl der Vermieterhaushalte

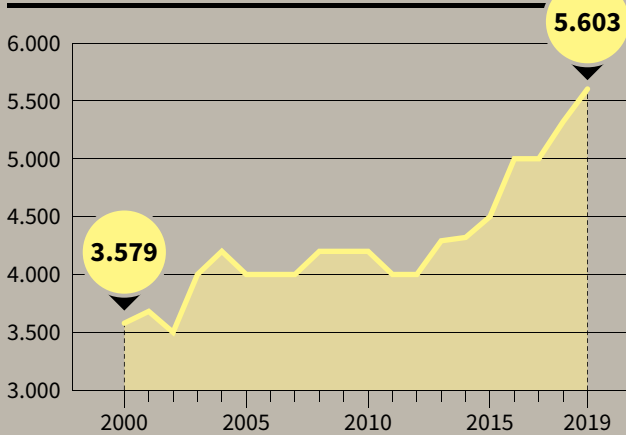


Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Immer höhere Mieteinnahmen

So hoch waren die jährlichen Mieteinnahmen privater Vermieter in Deutschland im Median in Euro



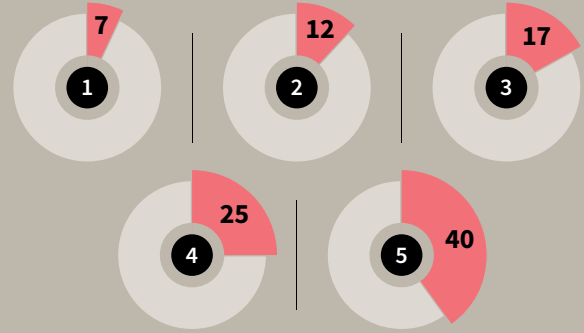
Mieteinnahmen: Bruttomieteinnahmen abzüglich der Investitionskosten vor Steuern
 Median: Die eine Hälfte der Vermieter erzielt geringere, die andere höhere Mieteinnahmen
 Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd



Alle Einkommensgruppen vermieten

So viel Prozent aller privaten Vermieter stammten im Jahr 2019 aus diesem Einkommensfünftel

■ Einkommensfünftel



Einkommensfünftel: Betrachtet werden die Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte – also die mit der Personenzahl gewichteten Einkommen nach Abzug der Steuern und Abgaben, aber inklusive sozialer Transfers. Die Einkommen werden von klein bis groß gereiht und in fünf gleich große Gruppen aufgeteilt.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd



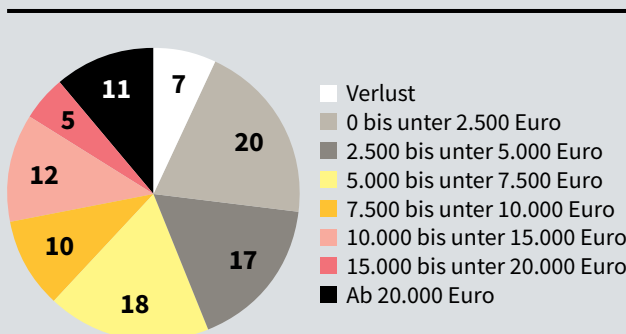
Lediglich 11 Prozent aller privaten Vermieter erwirtschafteten 2019 Mieteinnahmen von mehr als 20.000 Euro. Deutlich über die Hälfte der Vermieter kam nicht über ein Zubrot von 7.500 Euro hinaus.

Und 7 Prozent der Vermieter zahlten bei ihren Mietobjekten sogar drauf, machten also einen Verlust – ihre Kosten für die Immobilie lagen, beispielsweise wegen einer umfassenden Renovierung oder eines längeren Leerstands, über ihren Einnahmen.

Eine Befragung von Haus & Grund aus dem Jahr 2021 zeigt außerdem, dass private Vermieter in fast 57 Prozent

Mieteinnahmen: Nur ein Zubrot

So viel Prozent der privaten Vermieter erzielten im Jahr 2019 Mieteinnahmen in dieser Höhe



Mieteinnahmen: Bruttomieteinnahmen abzüglich der Investitionskosten vor Steuern
 Verlust: wenn die Kosten für eine Mietwohnung, beispielsweise aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen, höher waren als die Mieteinnahmen
 Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd



der Mietverhältnisse im kompletten Mietzeitraum die Miete kein einziges Mal erhöht haben – sie tun dies oft erst dann, wenn es einen Mieterwechsel gibt.

Die SOEP-Daten widerlegen außerdem das Vorurteil, dass nur jene, die besonders gut verdienen, Wohnungen und Häuser vermieten. Vielmehr finden sich Vermieter in allen Einkommensgruppen (Grafik oben rechts):

Immerhin 7 Prozent aller Vermieterhaushalte waren 2019 Teil des einkommensschwächsten Fünftels, aus dem einkommenstärksten stammten etwa 40 Prozent aller Vermieterhaushalte.

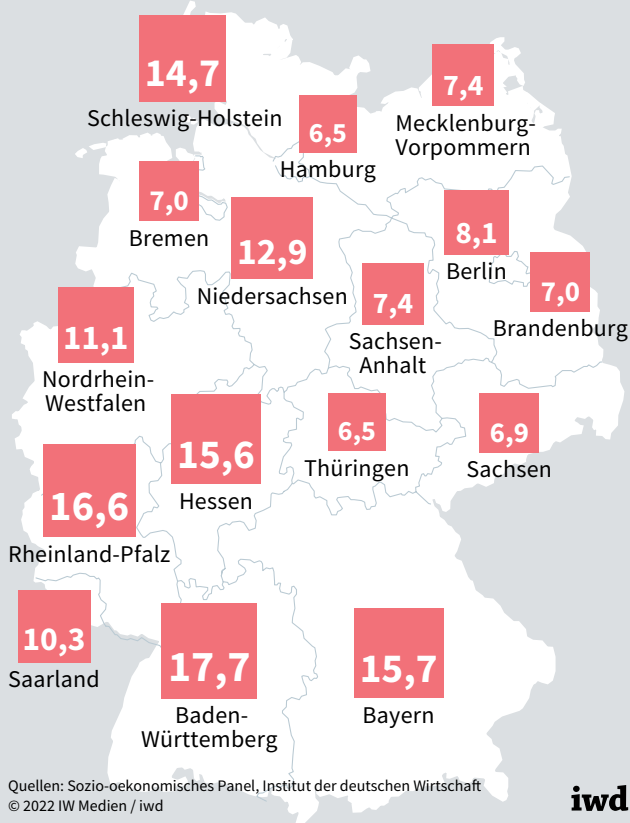
Der prozentuale Vermieteranteil im obersten Fünftel hat binnen zehn Jahren allerdings am stärksten zugelegt. So vermieteten 2010 knapp 23 Prozent der einkommensreichsten Haushalte mindestens eine Wohnimmobilie; im Jahr 2019 waren es mehr als 27 Prozent.

Mit Blick auf die regionale Verteilung der privaten Vermieter zeigen sich derweil große Unterschiede. So vermieten in den ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich gerade einmal 7 Prozent der Haushalte eine oder gleich mehrere Wohnungen, in den übrigen Bundesländern ist der Anteil doppelt so hoch. Bei der Wohneigentumsquote sind die Unterschiede zwischen Ost und West deutlich geringer – die Quoten liegen bei 38 versus 49 Prozent.

In allen drei Stadtstaaten wiederum liegt der Anteil der Haushalte, die privat vermieten, bei maximal rund 8 Prozent – sicherlich auch, weil es dort und in den anderen

Private Vermieter: Große regionale Unterschiede

So viel Prozent der Haushalte in diesem Bundesland vermieteten 2019 mindestens eine Wohnung



Metropolen des Landes häufiger große Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften gibt. Denn diese können dort ihre Größenvorteile deutlich besser nutzen als in den Flächenländern.

Doch auch in Letzteren sind die Vermieterquoten keinesfalls einheitlich hoch (Grafik):

In Baden-Württemberg vermieten fast 18 Prozent der Haushalte eine oder gleich mehrere Immobilien. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind es dagegen nur knapp 13 beziehungsweise 11 Prozent.

Generell gilt, dass die meisten Vermieter selbst ebenfalls in Eigentum wohnen – nämlich deutschlandweit zu 84 Prozent – und im Mittel 61 Jahre alt sind, ein Viertel ist sogar über 74.

Dieser Befund, so das IW, ist ein Indiz für eine gewisse Schiefelage am Wohnimmobilienmarkt. Denn ein Eigenheim kann für einen Immobilienkredit beliehen werden, zudem haben ältere Haushalte gemeinhin höhere Rücklagen als junge. Entsprechend fällt es ihnen leichter, die Eigenkapitalanforderungen für einen weiteren Immobilienkauf zu erfüllen. Später profitieren sie als Vermieter

dann davon, dass sie den Kaufpreis und die laufenden Hypothekenzinsen der Wohnung steuerlich geltend machen können.

All diese Möglichkeiten haben junge Haushalte, die Eigentum zur Selbstnutzung erwerben wollen, nur selten. Das erklärt auch, weshalb die Wohneigentumsquote unter den jüngeren Haushalten aktuell trotz des Zinsumfelds sinkt – statt zu steigen.

Um dieses Problem anzugehen, gibt es zwei Ansatzpunkte für die Politik:

Grunderwerbsteuer differenzieren. Der Bund plant, den Bundesländern zu erlauben, die Grunderwerbsteuer variabel zu gestalten – dann könnten sie den Steuersatz auf den Kaufpreis für Selbstnutzer senken und für Kapitalanleger erhöhen. Andere Länder wie die Niederlande praktizieren diese Form der diskriminierenden Grunderwerbsteuer bereits.

Darlehen statt Eigenkapital. Nur 15 Prozent der Mieterhaushalte in Deutschland verfügen über mehr als 60.000 Euro Eigenkapital. Ihnen könnten Förderbanken stattdessen Darlehen bieten, die wie Eigenkapital behandelt werden.

Grundsätzlich muss der Staat bei allen wohnungspolitischen Maßnahmen mit Bedacht vorgehen, um private Vermieter nicht zu verschrecken. Schließlich stellen sie wichtigen Mietwohnraum zur Verfügung und sind schon jetzt häufig alles andere als zufrieden. So gaben in der Mitgliederbefragung von Haus & Grund im Jahr 2021 beispielsweise 22 Prozent der Vermieter an, dass sie wegen Mietendeckel, Enteignungsdebatte und Co. ihre Immobilien weniger oder überhaupt nicht mehr modernisieren. Fast 8 Prozent haben die Vermietung eingestellt oder die Immobilie sogar verkauft.

Zudem nannten bald 35 Prozent der Befragten die zu niedrigen Mieteinnahmen als Grund dafür, dass sie nicht mehr Geld in ihren Wohnungsbestand investieren. Das ist insofern eine wichtige Information, als die Ampelkoalition momentan plant, den CO₂-Anteil der Heizkosten zwischen Vermietern und Mietern aufzuteilen. Mit einem Stufenmodell sollen dann jene Vermieter belohnt werden, die ihre Immobilie besonders klimafreundlich sanieren oder gebaut haben. All jene Vermieter, denen für entsprechende Maßnahmen wegen zu niedriger Mieteinnahmen schlicht das Geld fehlt, hätten indes das Nachsehen und müssten einen besonders hohen Anteil der CO₂-Kosten ihrer Mieter übernehmen.

IW-Kurzbericht

Pekka Sagner: Wohneigentumspuzzle
iwkoeln.de/wohneigentumspuzzle



Interview. In Deutschland gibt es immer mehr private Vermieter, die Wohneigentumsquote steigt derweil nur sehr begrenzt. IW-Immobilienexperte **Pekka Sagner** erklärt im iwd-Interview, welche Gründe das hat.

„Auf Teufel komm raus mehr Eigentümer brauchen wir nicht“

Wohnen in Deutschland zu viele Menschen zur Miete?

„Zu viele“ ist mir zu wertend. Aber es sind sehr viele Mieter im Vergleich zu anderen Ländern. Zusammen mit Österreich haben wir in Deutschland die geringste Wohneigentumsquote in Europa.

Warum?

Erstens war nach dem Zweiten Weltkrieg der Wohnungsbestand in Deutschland stark zerstört, gerade in Westdeutschland. Da wollte die Regierung schnell neuen Wohnraum schaffen. Das ging am einfachsten, indem sie den Bau von Mietwohnungen – oftmals in Form großer Wohnblocks – gefördert hat.

Zweitens hat Deutschland später die sehr mieterfreundliche Politik fortgeführt. Das sehen „Betroffene“ vielleicht anders. Aber im internationalen Vergleich und in der Forschung ist es unbestritten: Deutschlands Gesetze und seine Rechtsprechung schützen Mieter umfassend. Außerdem wird der Bau von Mietwohnungen weiterhin stark gefördert.

Gleichzeitig unterstützt Deutschland die Wohneigentumsbildung nur begrenzt. Und wenn, geht es dem Staat eher darum, dass die Bürger sich eine weitere Säule als Ergänzung zur gesetzlichen Rente schaffen.

Sie raten der Politik unter anderem, die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer einer Immobilie zu senken. Aber ist es wirklich erstrebenswert, dass jene, die fast keine finanziellen Rücklagen haben, ins Eigenheim ziehen?

Wir sollten erst mal einen Schritt zurücktreten. Unser Vorbild ist nicht der rumänische Wohnungsmarkt mit einer Eigentumsquote von 98 Prozent. Aber wir haben hier in Deutschland eine relativ hohe Vermögensungleichheit. Das liegt zu einem gewichtigen Teil an der niedrigen Wohneigentumsquote.

Trotzdem sollte die Politik Menschen nicht auf Teufel komm raus ins Eigenheim drängen. Es braucht einen differenzierten Ansatz. Zum Beispiel sollte man überdenken, ob es so zielführend ist, dass bei einer fremdgenutzten Immobilie – also bei einer Mietwohnung zum Beispiel – so viel mehr bei der Steuer abgesetzt werden kann als für den Fall, dass man eine Immobilie selbst bewohnt. In Relation haben es Selbstnutzer schwerer.

Über 60 Prozent aller Mieterhaushalte leben in Deutschland in einer Wohnung, für die sie einer Privatperson Miete zahlen. Dennoch wird immer auf die großen



Foto: IW Medien

Wohnungsbaukonzerne geschimpft. Was sind die Gründe?

Hier könnte das mediale Interesse zugunsten der Großstädte verzerrt sein. In den Großstädten gibt es zwar mehr Wohnungsgesellschaften als auf dem Land, jedoch zeigt der Blick auf den Gesamtmarkt, dass private Vermieter ein viel größeres Angebot bereitstellen.

Hinzu kommt, dass wir über die Wohnungsgesellschaften schlicht viel mehr wissen, weil sie teilweise an der Börse oder in anderer Form berichtspflichtig sind.

Genau deshalb forschen wir im IW zu privaten Vermietern. Denn die deutsche Politik sollte immer auf dem Schirm haben, dass das keine kleine Bevölkerungsgruppe ist – wir reden von weit über fünf Millionen Haushalten – und dass sie in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist. Politische Maßnahmen wie zum Beispiel Auflagen für Sanierungen haben teils erhebliche Auswirkungen auf diese Gruppe – zum Beispiel mit Blick auf ihre Altersvorsorge.



Die Langfassung dieses Interviews mit weiteren Fragen und Antworten beispielsweise zur Preisentwicklung am Immobilienmarkt und den Folgen der Corona-Pandemie finden Sie online auf

[iwd.de/interview-vermieter](https://www.iwd.de/interview-vermieter).

Auf die Tube drücken

Planungsrecht. Bürokratische Vorschriften sind wichtig, um wirtschaftliche Prozesse zu regeln. Je nach Ausgestaltung können sie den Unternehmen aber auch unnötige Hürden in den Weg stellen. Das schafft Wettbewerbsnachteile und hemmt Investitionen in klimafreundliche Technologien. Hier muss der Staat unbedingt umsteuern.

Ein Pfund, mit dem Deutschland im internationalen Standortwettbewerb wuchern kann, ist die Rechts- und Planungssicherheit. Die Unternehmen können sich auf klare staatliche Vorgaben verlassen, zugleich sichern die Regelwerke die Bürgerrechte und den Schutz der Umwelt. Doch überall da, wo die Bürokratie überhandnimmt, wird die unternehmerische Initiative unnötig ausgebremst.

Das kostet die Firmen unter Umständen viel Zeit und Geld. Wenn

ein Unternehmen beispielsweise Veränderungen an einer Maschine oder Fertigungsanlage vornehmen will, benötigt es dafür unter bestimmten Umständen eine behördliche Genehmigung – derzeit betrifft dies in Deutschland etwa 50.000 Industrieanlagen.

Jährlich wickeln kommunale Behörden in Deutschland rund 1.500 Verfahren ab, mit denen bauliche Veränderungen an Industrieanlagen genehmigt werden sollen.

Oft geht es um sogenannte „zweistufige Bauleitverfahren, mit doppelter Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung“. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das: Alle Betroffenen und anerkannte Umweltverbände dürfen in diesem Verfahren klagen. Dadurch dauert die Genehmigung sehr lange, in der Regel fünf bis acht Jahre.

Auch Investitionen in neue Maschinen oder Produktionsanlagen können sich in Deutschland aufgrund der einzuhaltenden Rechtswege lange hinziehen. Will ein Unternehmen eine Anlage kaufen und es kommt in diesem Zusammenhang zu einem Rechtsstreit, vergehen bis zum endgültigen Abschluss des Kaufvertrags im Schnitt 499 Tage. Das ist nicht nur für die Unternehmen zeitaufwendig und nervenaufreibend, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft unnötig teuer (Grafik):

Könnten Unternehmen einen Vertrag über den Kauf neuer Produktionsgüter innerhalb von 450 statt 499 Tagen abschließen, würde das Bruttoinlandsprodukt um schätzungsweise 66 Milliarden Euro steigen – jeder im Kaufverfahren gesparte Tag bedeutet also ein Wachstumspotenzial von mehr als 1,3 Milliarden Euro.

Wären bürokratische Prozesse effizienter, gäbe es vermutlich auch mehr Unternehmensgründungen in Deutschland. Spielraum, um den Gründungsprozess zu beschleunigen,

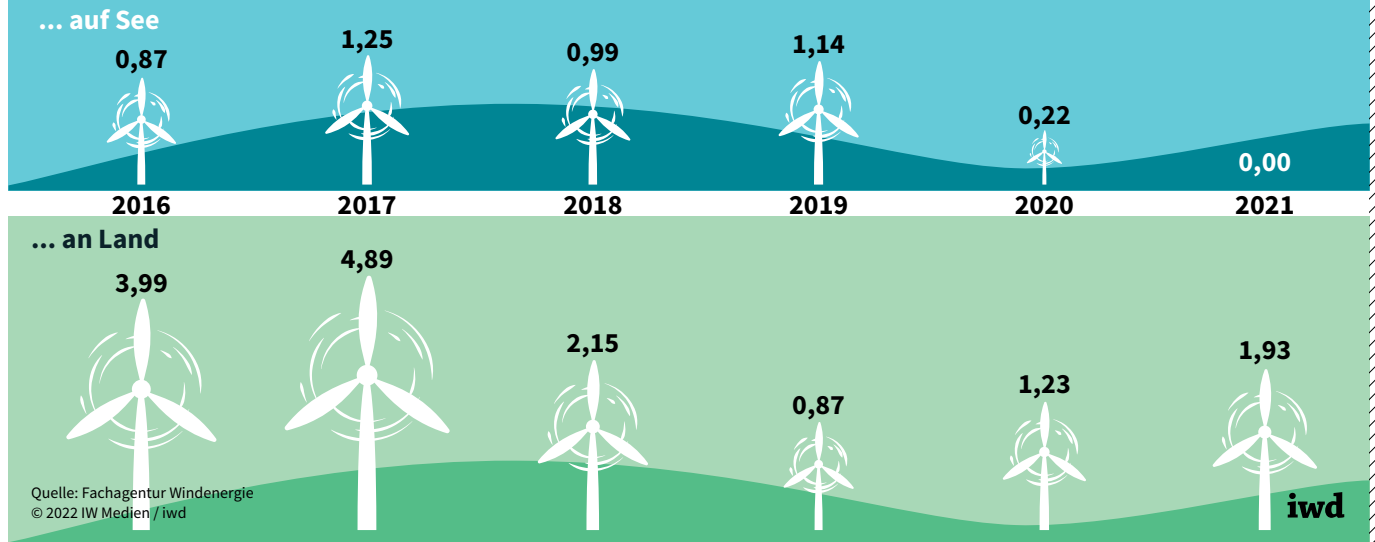
Unternehmen: Wachstumsbremse Bürokratie

Unternehmen in Deutschland müssen im Schnitt 499 Tage warten, bis ein Vertrag zum Erwerb von Eigentum wie beispielsweise einer Maschine abgeschlossen ist. Könnten die damit verbundenen Vorgänge auf jeweils 450 Tage verkürzt werden, hätte dies folgenden Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt, in Milliarden Euro



Windkraft: Schleppender Ausbau

Neu gebaute Windkraftanlagen in Deutschland ... in Gigawatt



gibt es jedenfalls, wie ein Blick über den Großen Teich zeigt: In den USA dauert der bürokratische Prozess, um rechtskräftig ein Unternehmen zu gründen, etwas mehr als vier Tage – in Deutschland dagegen im Schnitt acht Tage. Und auch hier gilt das Sprichwort „Zeit ist Geld“:

Nähmen Unternehmensgründungen in Deutschland einen Tag weniger – also sieben statt acht Tage – in Anspruch und gingen dadurch mehr Gründer an den Start, würde dies die Wirtschaftsleistung um etwa 6,6 Milliarden Euro steigern.

Doch auch für den Kampf gegen den Klimawandel sind bürokratische Hürden fatal. Bis 2045 will Deutschland klimaneutral werden und das stellt die Industrie vor große Herausforderungen. Egal ob beim Heizen, Kühlen oder in der Güterlogistik: Vielerorts müssen möglichst schnell neue, klimafreundlichere Maschinen eingesetzt, Produktionsabläufe und Logistikketten umgestaltet werden.

In vielen Sektoren ist der Energieeinsatz für den Großteil der Emissionen verantwortlich. Doch selbst wenn die Unternehmen unmittelbar auf

erneuerbare Energien umstellen wollten: Diese stehen teils noch gar nicht in benötigtem Umfang zur Verfügung – und das liegt auch an aufwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die die Energiewende behindern. Zum Beispiel dauert es oft vier bis fünf Jahre, bis eine neue Windenergieanlage genehmigt ist und gebaut werden kann. Entsprechend schleppend lief zuletzt der Ausbau (Grafik):

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland neue Windkraftanlagen mit einer Kapazität von gerade einmal knapp zwei Gigawatt errichtet – um Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen, müsste der jährliche Zubau aber sechs Gigawatt betragen.

Viele Betreiber geben an, ihre Windanlagen aufgrund des hohen planungstechnischen Aufwands nicht umbauen zu können. Allein wenn diese Anlagen durch schnellere Genehmigungsverfahren erneuert würden, könnten rund zwölf Millionen Tonnen CO₂-Emissionen innerhalb von fünf Jahren gespart werden. Das entspricht in etwa den jährlichen Emissionen von ganz Lettland.

Eine schlankere und schnellere Bürokratie würde aber auch grundsätzlich die Attraktivität des Standorts Deutschland steigern – und das ist durchaus notwendig, wie Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags zeigen:

Im Schnitt bewerteten die Unternehmen in Deutschland die hiesigen Standortbedingungen im Jahr 2020 lediglich mit der Schulnote 3,6 – gegenüber 3,3 im Jahr 2017.

Die allgemeine Effizienz der Behörden erhielt nur die Note 4,4 und die „Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen“ wurde mit 4,8 geradezu vernichtend bewertet.

Gelänge es dem Staat, bürokratische Verfahren zu beschleunigen, könnte sich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit also deutlich verbessern. Die Ampelkoalition zeigt in dieser Hinsicht zumindest guten Willen – und hat sich vorgenommen, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren.

IW-Gutachten

Lennart Bolwin et al.: Der ökonomische und ökologische Impact beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland
iwkoeln.de/planungsverfahren

Künstliche Intelligenz statt Konditorkunst?

Arbeitswelt. Traumjob: Hutmacher! Das hört man heutzutage kaum noch. Kein Wunder, denn wie viele andere traditionelle Berufe ist dieses Handwerk in Deutschland so gut wie ausgestorben. Allerdings wird auch alltäglichen Berufen wie Kassierern oder Konditoren immer häufiger das baldige Aus prophezeit. Werden wir also künftig nur noch an Self-Scan-Kassen anstehen und unsere Geburtstagstorte direkt vom Fließband kaufen?

Abtrittanbieter, Lichtputzer, Drahtzieher – solche Berufe kennen nur noch die wenigsten. Im 18. und 19. Jahrhundert waren sie allerdings enorm wichtig. So sorgten Lichtput-

zer mithilfe von Kerzen dafür, dass Theaterbesucher abends das Geschehen auf der Bühne überhaupt sehen konnten. Unsere heutige Lichttechnik war damals unvorstellbar.

Gleiches gilt für alle neuen Berufe, die mit der technologischen Entwicklung über die Jahrhunderte und vor allem im vergangenen Jahrzehnt dazugekommen sind: Spezialisten für künstliche Intelligenz, Social-Media-Strategen oder Klimaschutzmanager.

Dass sich die Arbeitswelt wandelt, ist folglich kein neues Phänomen. Früher wie heute gibt es Berufe, in denen die Beschäftigung rückläufig ist, und jene, in denen immer mehr Menschen arbeiten (Grafik):

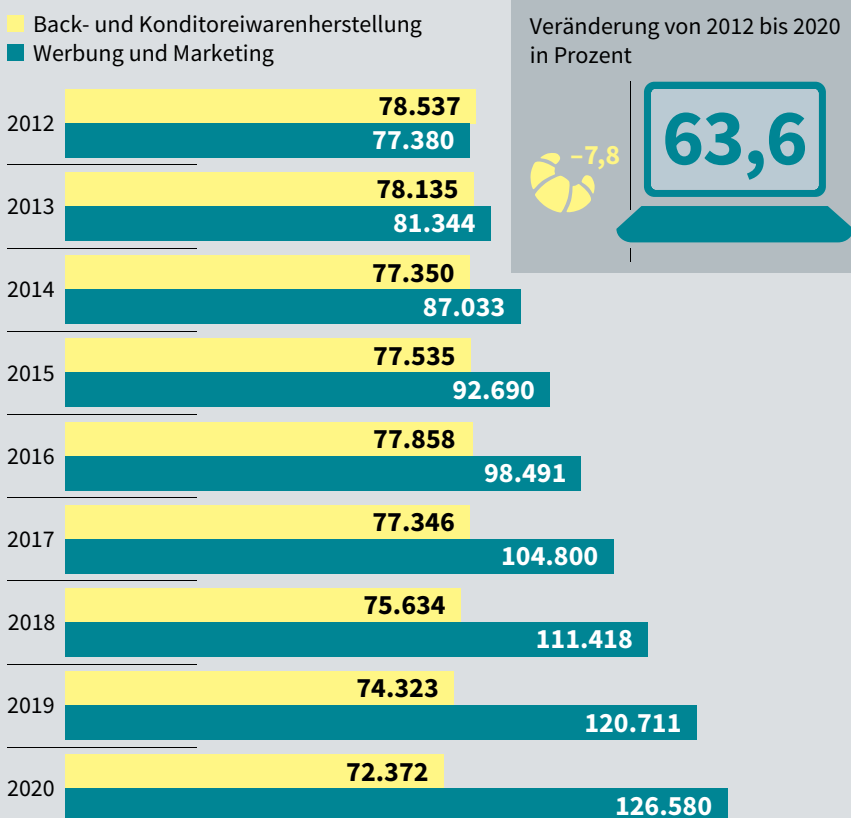
Während die Zahl der Beschäftigten in Werbung und Marketing von 2012 bis 2020 um nahezu zwei Drittel gestiegen ist, ging sie in der Back- und Konditoreiwarenherstellung um fast 8 Prozent zurück.

Schreibt man den fallenden Beschäftigungstrend der Bäcker und Konditoren fort, könnte man meinen, den Berufen stehe eine düstere Zukunft bevor. Auch der Blick auf eine weitere wichtige Kennzahl stimmt zunächst wenig optimistisch. Denn die Automatisierbarkeit, also das Ausmaß, in dem Kerntätigkeiten eines Berufs von einem Computer oder einer computergesteuerten Maschine vollautomatisch erledigt werden könnte, ist in diesen Handwerksberufen hoch:

Sieben von zehn Kerntätigkeiten des Konditorberufs sind laut

Weniger Bäcker, mehr Onliner

So viele Beschäftigte arbeiteten in den jeweiligen Berufsgruppen



Werbung und Marketing: Social-Media/Online-Marketing-Manager, SEO/SEA-Spezialisten etc.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

der Bundesagentur für Arbeit automatisierbar – das Potenzial, menschliche Arbeit durch den Einsatz von Maschinen und Computern zu ersetzen, beträgt also 70 Prozent.

Für die Tätigkeiten von Bäckern und Kassierern beträgt dieses Substituierbarkeitspotenzial sogar 100 Prozent.

Allerdings sind solche Angaben mit Vorsicht zu genießen. Das Aussterben bestimmter Berufe lässt sich nicht eindeutig vorhersagen. Denn eine hohe Automatisierbarkeit bedeutet schließlich keineswegs zwingend, dass tatsächlich und sofort automatisiert wird. Oft ist menschliche Arbeit trotz hohem Substituierbarkeitspotenzial wirtschaftlicher und flexibler.

Auch qualitative und emotionale Werte spielen eine Rolle. So schätzt der ein oder andere die handgefertigte Hochzeitstorte vom Konditor nebenan doch wesentlich mehr wert als ein Massenprodukt vom Fließband.

Ebenso können die Verkäufer hinter der Käse- und Wursttheke im Supermarkt, von denen sich Kunden oft beraten lassen, nicht gleichermaßen von Computern ersetzt werden. Dies gilt noch mehr für das menschl-

che Auge, das es vor allem in Zeiten von Self-Scan-Kassen braucht, um Kunden bei der Bedienung zu unterstützen und Fehler zu verhindern. Nur weil sich das Berufsbild des klassischen Kassierers verändert, heißt es nicht, dass der Beruf von Grund auf verschwindet. Und tatsächlich:

Der Beschäftigungstrend von Kassierern zeigt trotz hoher Automatisierbarkeit nach oben – im Zeitraum von 2012 bis 2020 verzeichnete der Beruf ein Plus von rund 11 Prozent.

Dass Berufe nicht direkt aussterben, sobald sie automatisierbar sind, sondern sich anpassen und verändern, zeigen auch die Berufsbilder des Kfz-Mechanikers und des Kfz-Mechatronikers. Der Unterschied zwischen den beiden: Der Mechatroniker ist ein Mechaniker, der auch über Kenntnisse der Elektrotechnik verfügt. Er weiß also nicht nur, wie man Autoteile zusammen- und auseinanderbaut, sondern kann zusätzlich mit modernster Fahrzeugtechnik umgehen und diese warten – für den Trend zur Digitalisierung und zum autonomen Fahren unabdingbar.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sich Gedanken über bereits reale und künftige Anforderungen

der Arbeitswelt zu machen. Gerade junge Menschen können von neuen Berufen und Jobchancen, die durch den digitalen Wandel entstehen, profitieren.

Eine Sonderauswertung der aktuellen PISA-Studie zeigt allerdings, dass sich die meisten 15-Jährigen nach wie vor eher für traditionelle Berufe interessieren (Grafik):

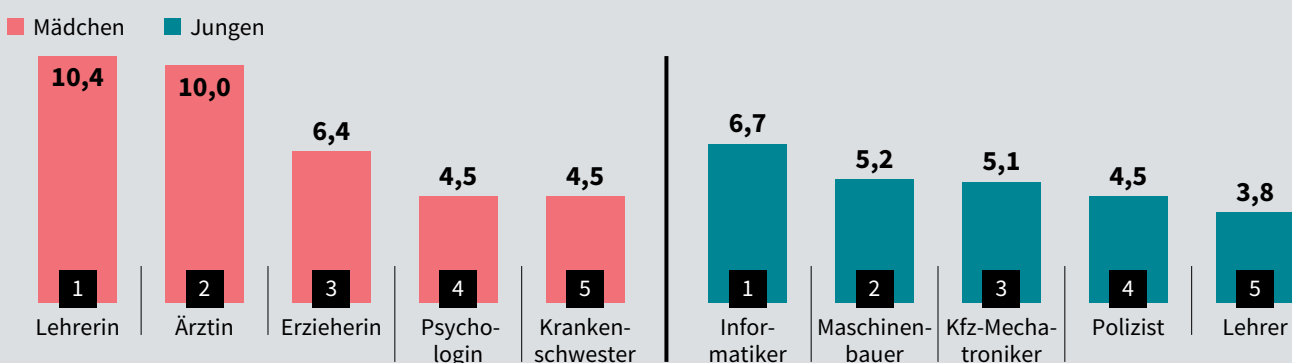
Mit etwa 10 Prozent will die größte Gruppe der Mädchen später als Lehrerin arbeiten. Bei den Jungen steht der Lehrerberuf ebenfalls hoch im Kurs, gleich hinter dem des Polizisten.

Von der Digitalisierung geschaffene Jobmöglichkeiten finden sich zwar in den Berufswünschen der Digital Natives – überwiegend gilt dies für die männlichen Befragten –, jedoch wählt der Großteil noch immer wie die Jugendlichen vor 20 Jahren. Dabei hat sich auf dem Arbeitsmarkt in dieser Zeit viel getan.

Deshalb muss die Berufsorientierung den Schülern frühzeitig ein Bild vom sich wandelnden Arbeitsmarkt vermitteln und Interesse für neu entstandene Jobs wecken – etwa durch Praktika oder Jobmessen. So lassen sich Berührungsängste und Skepsis gegenüber den zunehmend digitalisierten Berufen abbauen.

Berufswünsche: Digital Natives wählen überwiegend traditionell

So viel Prozent der im Jahr 2018 befragten 15-Jährigen in Deutschland strebten den jeweiligen Beruf an



Quelle: OECD
© 2022 IW Medien / iwd

Wahlkampf auf allen Kanälen

Medien. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr gab es viele erste Male: Erstmals seit 1949 stand kein amtierender Kanzler zur Wiederwahl, zudem gab es mit den Grünen eine starke dritte Partei, die das Kanzleramt für sich beanspruchte. Und neben den öffentlich-rechtlichen setzten erstmals auch die privaten Sender verstärkt auf Wahlsendungen.

Die meisten Wählerinnen und Wähler informieren sich im Vorfeld einer Bundestagswahl über Kandidaten, Parteien und deren Positionen mittels der Medien. So auch 2021 – und wie schon in den vorherigen Jahren vor allem über das Fernsehen (Grafik):

Rund 68 Prozent der Bundesbürger nutzten hauptsächlich TV-Sendungen, um sich zur Wahl 2021 zu informieren, 48 Prozent das Internet und 36 Prozent lasen vorwiegend Zeitungen.

Insgesamt lag die Reichweite aller Fernseh-Sondersendungen zur Wahl im Jahr 2021 bei mehr als 31 Millionen Zuschauern – damit hat sich etwa die Hälfte der deutschen Wahlberechtigten mindestens eine der Wahlsendungen in Gänze angesehen.

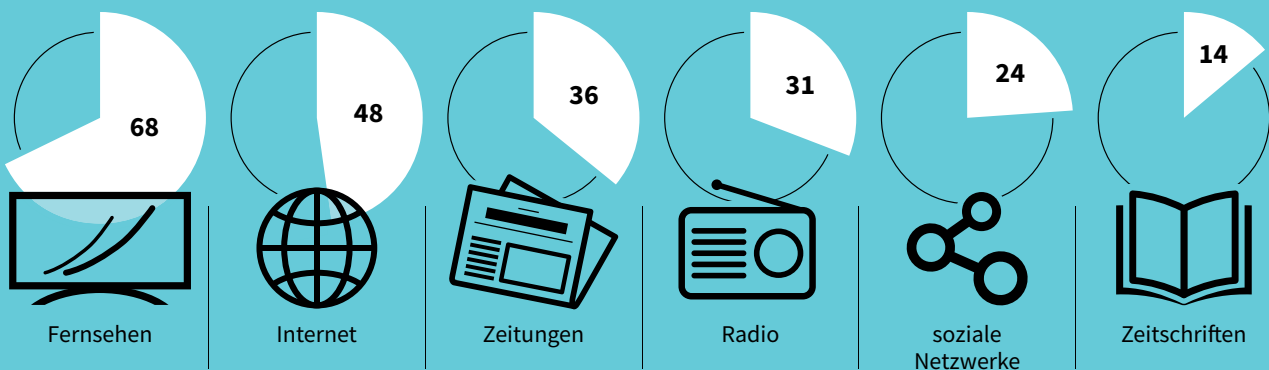
Die größte mediale Aufmerksamkeit und Zuschauerresonanz erhielt wie üblich der direkte Schlagabtausch der Spitzenkandidaten kurz vor der Wahl. Da es 2021 gleich drei Anwärter auf die Kanzlerschaft gab

– Olaf Scholz, Armin Laschet und Annalena Baerbock – wurde dafür extra das Kunstwort „Triell“ neu erschaffen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl gab es dann auch gleich drei Trielle – ausgestrahlt von ARD und ZDF, ProSieben und RTL. Damit setzte sich auch der Trend zu einem stark auf Persönlichkeiten konzentrierten Wahlkampf fort: Bei den vergangenen vier Bundestagswahlen hatte es jeweils nur ein Duell im Fernsehen gegeben.

Informationsquellen zur Wahl 2021

So viel Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich über dieses Medium zur Bundestagswahl 2021 informierten



Befragung von 1.000 Wahlberechtigten ab 18 Jahren zwischen dem 27.9. und 1.10.2021

Quelle: ARD/ZDF
© 2022 IW Medien / iwd

Insgesamt schauten sich mehr als 15 Millionen Menschen mindestens eins dieser Trielle an.

Nur wenige andere Übertragungen – wie zum Beispiel einige Spiele der Fußball-Europameisterschaft – erzielten 2021 höhere Zuschauerzahlen im deutschen Fernsehen als die Trielle zur Bundestagswahl.

Dadurch, dass das Erste und das Zweite Deutsche Fernsehen weitaus mehr Sondersendungen rund um die Wahl als die privaten Sender ausstrahlten, erhielten die öffentlich-rechtlichen die meiste Aufmerksamkeit in Bezug auf die Wahlkampfberichterstattung. Und auch im Vergleich zwischen den Sendern hatten die Trielle im öffentlich-rechtlichen Fernsehen den weitaus größten Publikumszulauf (Grafik):

Rund 11 Millionen Zuschauer verfolgten das Triell auf den öffentlich-rechtlichen Programmen – weit weniger als auf ProSieben und RTL.

Das könnte auch daran liegen, dass das Fernsehpublikum den Informationsgehalt bei ARD und ZDF qualitativ höher einschätzt als den der privaten Sender (Grafik):

Eine klare Mehrheit der Zuschauer vergab Bestnoten für die Informationen der öffentlich-rechtlichen Sender zur Wahl 2021, die privaten Programme wurden eher zurückhaltend bewertet.

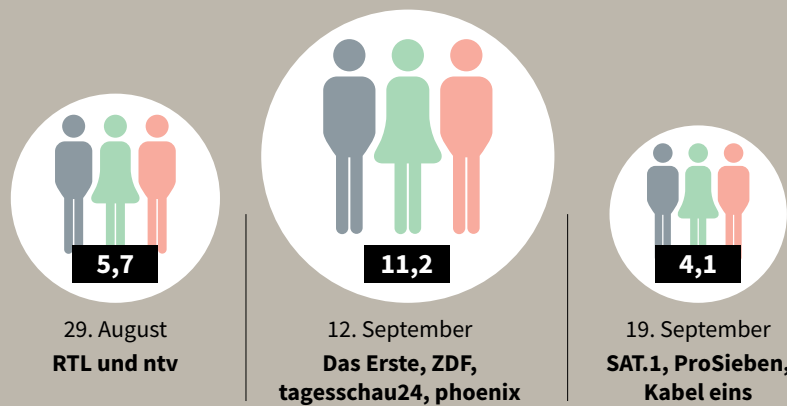
Auch jüngere Personen, die in ihrem Medienalltag eher den privaten Programmen den Vorzug geben, attestierten den öffentlich-rechtlichen Anbietern einen deutlichen Kompetenzvorsprung beim Thema Wahlen: Jeweils rund zwei Drittel von ihnen vergaben diesbezüglich die Note „sehr gut“ oder „gut“ an ARD und ZDF. Als bestes privates Vollprogramm wurde RTL bewertet, das allerdings nur von gut einem Drittel eine gute Note erhielt.

Zwar erreichten die Trielle die höchsten Zuschauerzahlen, bei der Wahlentscheidung der Bundesbürger spielten sie jedoch nur eine untergeordnete Rolle. So gab der Großteil der wahlberechtigten Zuschauer an, dass Interview- und Diskussions-

sendungen mit Politikern, Dokumentationen, Reportagen sowie andere Sendungen, in denen die Spitzenkandidaten die Fragen von Zuschauern beantworten, am meisten zu ihrer Wahlentscheidung beigetragen hätten.

Die TV-Trielle im Vergleich

So viele Millionen Zuschauer erreichten die Sender mit ihrem Triell zur Bundestagswahl 2021



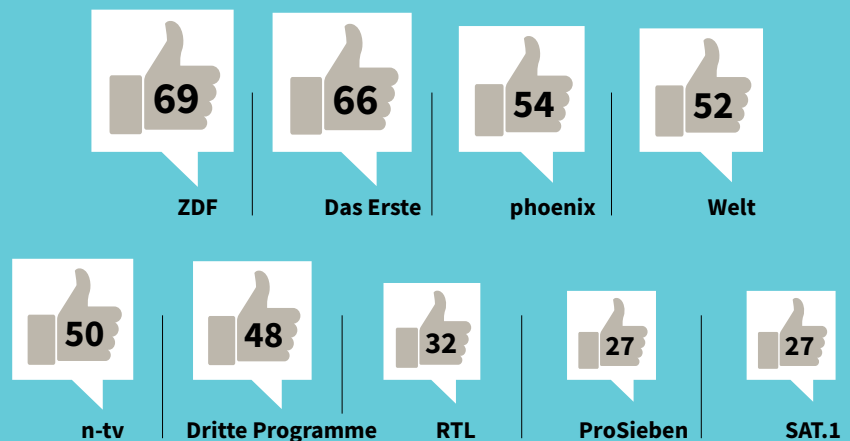
Triell: Diskussionsrunde mit den Kanzlerkandidaten von CDU/CSU, SPD und den Grünen

Quelle: ARD/ZDF
© 2022 IW Medien / iwd



Informationsqualität der Sender

So viel Prozent der Befragten bewerteten die Qualität der Berichterstattung der Sender im Bundestagswahlkampf 2021 mit „gut“ oder „sehr gut“



Befragung von etwa 690 Wahlberechtigten ab 18 Jahren zwischen dem 27.9. und 1.10.2021, die wahlrelevante Sendungen des betreffenden Senders sahen

Quelle: ARD/ZDF
© 2022 IW Medien / iwd



Clever kombiniert

Güterverkehr. Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland gibt viel Anlass zur Kritik. Benötigt werden Investitionen sowohl in das Schienen- als auch in das Straßennetz, denn eine effiziente und klimafreundliche Güterlogistik erfordert das Zusammenspiel aller Verkehrsträger.

Die Vollsperrung der A 45 bei Lüdenscheid zeigt einmal mehr, wie marode die Verkehrsinfrastruktur zum Teil ist. Immer mehr Brücken an Fernstraßen müssen saniert oder neu gebaut werden. Aber auch das Schienennetz ist an vielen Stellen überlastet und stark modernisierungsbedürftig. Auf all dies hat der Bund zuletzt durchaus reagiert:

Der Etat für Investitionen in Fernstraßen, Schienen- und Wasserwege wuchs von 10,9 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 16 Milliarden Euro 2020.

Bis 2024 sind sogar gut 18 Milliarden Euro pro Jahr eingeplant. Allerdings wird ein großer Teil der zusätzlichen Investitionen durch die steigenden Baupreise aufgezehrt.

Man könnte nun meinen, der Staat solle mit Blick auf den Klimaschutz künftig vor allem in das Schienennetz investieren und so die Verlagerung der Gütertransporte vom Lkw auf den Zug fördern. Doch so einfach ist es nicht.

Erstens ist unstrittig, dass der Lkw derzeit das Rückgrat des Transportsektors in Deutschland bildet (Grafik):

Mit knapp 3.200 Millionen Tonnen wurden im Jahr 2019 mehr als 84 Prozent des Frachtaufkommens in Deutschland per Lkw transportiert.

Zweitens sind die Transportwege der Brummis – vor allem der in Deutschland zugelassenen Fahrzeuge – im Schnitt deutlich kürzer als jene der Güterzüge:

Allein 56 Prozent der gesamten Fracht, die deutsche Lkw im Jahr 2019 in Deutschland bewegten, wurden maximal 50 Kilometer weit transportiert.

Nur 8 Prozent des Verkehrsaufkommens entfielen auf Transportwege von mehr als 300 Kilometern – das sind aber gerade jene Langstrecken, auf denen die Schiene ihre Stärken ausspielen kann. Denn Straße und Schiene bedienen unterschiedliche Transportmärkte. So steuert die Straße den größten Anteil des Transports von Baumaterialien sowie Nahrungs- und Genussmitteln bei. Die Bahn bewegt vor allem Container, Metalle, Kohle, Erdöl und -gas.

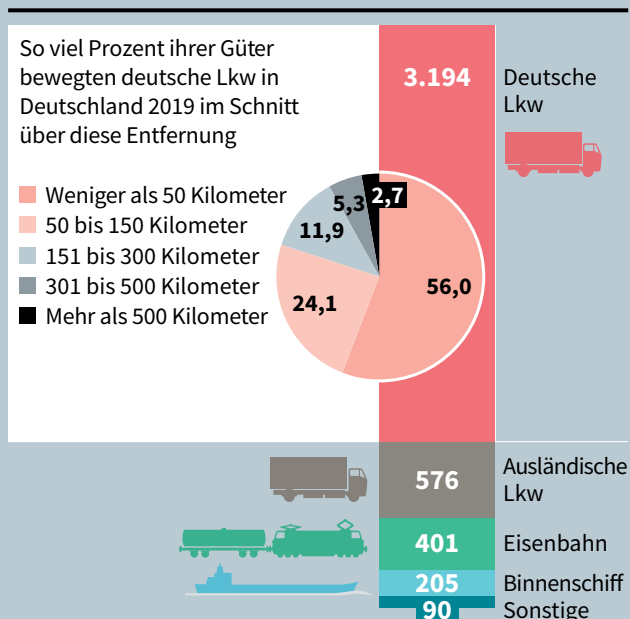
Nichtsdestotrotz ist es sinnvoll, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Dafür müssten allerdings Strecken schneller neu- oder ausgebaut werden:

Zuletzt dauerte es in Deutschland etwa 23 Jahre, eine neue Schienenstrecke von mehr als 30 Kilometern zu errichten – davon entfielen allein ungefähr 14 Jahre auf die Planungs- und Genehmigungsphase.

Gelingt es, das Schienennetz schneller fit zu machen, liegt die Zukunft vor allem im kombinierten Verkehr (KV), bei dem Güter per Container oder Sattelanhänger über weite Strecken mit der Bahn transportiert und nur für das letzte Wegstück zum Kunden auf Lkw umgeladen werden. Um die Chancen des KV zu nutzen, braucht es aber auch ein verbessertes Schnittstellenmanagement, etwa in Form von digitalen KV-Einstiegspportalen, die den Speditionen zum Beispiel die verfügbaren Routen anzeigen.

Gütertransporte: Lkw dominiert vor allem auf kurzen Strecken

Gütertransportaufkommen in Deutschland im Jahr 2019 in Millionen Tonnen



Quelle: Bundesministerium für Digitales und Verkehr
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten:

Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Faktencheck Güterverkehr in Deutschland, in Auftrag gegeben durch Pro Mobilität, Initiative für Verkehrsinfrastruktur e. V.

iwkoeln.de/faktencheck_gueterverkehr

Städter können aufatmen

Luftqualität. Es ist ein großer Erfolg für die Umweltpolitik: Nach vorläufigen Zahlen des Umweltbundesamts für 2021 wurden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub landesweit nur noch in München und Ludwigsburg überschritten. Vor zehn Jahren war das noch in mehr als 100 Kommunen der Fall.

Umweltbelastungen begleiten die Menschheit seit Gründung der ersten Städte. Historisch betrachtet waren Lärm und Schadstoffe untrennbar mit urbanem Leben verbunden. So ließ der römische Kaiser Justinian die Frage diskutieren, ob die Bürger ein Recht auf saubere Luft besäßen.

Die Moderne ermöglichte es dann, Umweltbelastungen zu messen. Auf dieser Basis begann vor etwa 15 Jahren ein EU-weiter Prozess für bessere Luft. Im Sommer 2008 trat die EU-Umgebungsrichtlinie in Kraft. Ihre sichtbarste Folge in Deutschland waren die Umweltzonen.

Damals wurden die Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid (NO₂) in weit über 100 deutschen Städten überschritten, meist an Messstellen, die an viel befahrenen Straßen aufgestellt worden waren. In den ersten Jahren bemühte sich die Politik vor allem darum, die Feinstaubbelastung zu reduzieren. Nach großen Fortschritten in diesem Bereich wechselte der Fokus auf das NO₂. Denn die Grenzwerte für Fein- und Feinstaub werden seit einigen Jahren in Deutschland flächendeckend eingehalten.

Aber auch beim Stickstoffdioxid hat sich die Lage laufend gebessert. Im Jahr 2011 meldeten 106 Städte eine Überschreitung des NO₂-Grenzwerts (Grafik unten):

Der 2011er Höchstwert lag bei einem Jahresdurchschnitt von 97 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Umgebungsluft – gemessen am Stuttgarter Neckartor.

Luftqualität: Die Ausreißer-Städte

In diesen deutschen Städten wurden die höchsten Jahresdurchschnittswerte an Stickstoffdioxid gemessen, in Mikrogramm pro Kubikmeter Luft

2011	2016	2019	2021
Stuttgart: 97	Stuttgart: 95	München: 63	München: 53
München: 84	München: 80	Darmstadt: 55	Ludwigsburg: 43
Reutlingen: 83	Reutlingen: 66	Stuttgart: 53	

Quelle: Umweltbundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Das Problem war allerdings ein flächendeckendes: An 76 Prozent aller verkehrsnahen Messstationen wurde der Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid im Jahresmittel überschritten. Zu dieser Zeit gab es außerdem noch einige Überschreitungen an Messstellen abseits von Verkehrsachsen. Bereits vor Corona verbesserten sich diese Werte jedoch laufend.

Im Jahr 2019 verzeichneten noch 25 Städte eine Grenzwertüberschreitung. Der gemessene Höchstwert betrug 63 Mikrogramm NO₂.

Das Stadtluftproblem war nun nicht mehr flächendeckend, sondern zunehmend punktuell. Dennoch meldeten noch 20 Prozent der verkehrsnahen Messstationen eine Grenzwertüberschreitung.

Nun liegen vorläufige Zahlen für das Jahr 2021 vor und diese zeigen, dass die Grenzwerte jetzt – wenn auch einige Jahre später als ursprünglich angepeilt – praktisch flächendeckend eingehalten werden (Grafik oben):

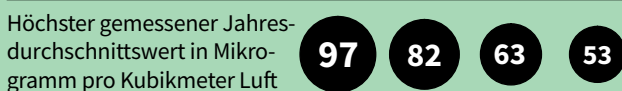
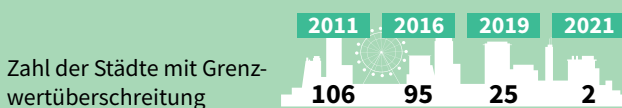
Im Jahr 2021 wurde der Grenzwert nur noch in München mit 53 Mikrogramm NO₂ und in Ludwigsburg mit 43 Mikrogramm NO₂ im Jahresdurchschnitt überschritten.

Da einige Messgeräte noch nicht final ausgewertet sind, kann die Zahl der Stationen mit Grenzwertüberschreitung allerdings noch um ein oder zwei wachsen.

Verstärkt wurde der Trend zur saubereren Stadtluft natürlich auch dadurch, dass der Verkehr durch Corona zurückgegangen ist – allerdings lokal sehr unterschiedlich.

Stadtluft: So sauber wie noch nie

Stickstoffdioxid-Belastung in deutschen Städten



Grenzwertüberschreitung: eine jahresdurchschnittliche Stickstoffdioxid-Konzentration von mehr als 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft
2021: vorläufige Daten

Quelle: Umweltbundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Unabhängiger als gedacht

Pharmaindustrie. Die Corona-Pandemie hat die Sorge wachsen lassen, Deutschland könne bei der Arzneimittelproduktion und -versorgung zu abhängig von Lieferländern wie China werden. Eine nähere Analyse zeigt allerdings, dass die deutsche Pharmaproduktion ihre Vorleistungen vor allem aus dem eigenen Land sowie aus Europa bezieht. Dennoch besteht Handlungsbedarf für die Politik.

Knappe Impfstoffe, Engpässe bei einigen Medikamenten – stärker noch als viele andere Wirtschaftszweige wurde die pharmazeutische Industrie durch die Corona-Pandemie vor große Herausforderungen gestellt. Das liegt auch daran, dass die Branche global ausgerichtet ist und daher von gestörten Lieferketten besonders betroffen sein kann.

Die Probleme haben die Politik in Deutschland, aber auch auf europäischer Ebene auf den Plan gerufen. Die EU-Kommission fordert eine „offene strategische Autonomie im

Arzneimittelbereich“. Und die Bundesregierung will darauf hinwirken, dass die Pharmaunternehmen wieder mehr Arzneimittel, Wirk- und Hilfsstoffe in Deutschland oder zumindest in der EU produzieren.

Doch um beurteilen zu können, inwieweit solche plakativen Forderungen überhaupt sinnvoll und hilfreich sind, muss man die tatsächlichen Produktions- und Lieferstrukturen in der Pharmabranche analysieren. Die entscheidende Frage lautet: Wie abhängig vom Ausland und insbesondere von einzelnen

Ländern wie China ist die deutsche Pharmaproduktion wirklich? Das IW hat hierzu Daten für das Jahr 2017 – neuere Zahlen liegen nicht vor – unter die Lupe genommen. Die wichtigsten Ergebnisse:

- **Die eigene Wertschöpfung hat in der Pharmaindustrie einen hohen Stellenwert.** Der Anteil der eigenen Wertschöpfung am gesamten Produktionswert betrug 2017 in der deutschen Pharmaindustrie 53 Prozent – somit stammten 47 Prozent aus Vorleistungen. Damit war die Vorleistungsquote deutlich niedriger als im Schnitt des Verarbeitenden Gewerbes, wo sie bei 66 Prozent lag.

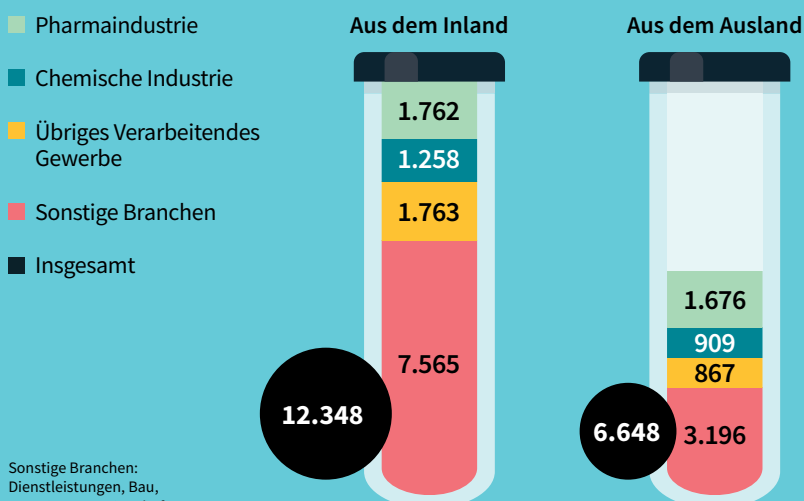
Insgesamt bezog die deutsche Pharmaindustrie im Jahr 2017 Vorleistungen im Wert von rund 19 Milliarden Euro.

Davon wurden 43 Prozent aus dem Verarbeitenden Gewerbe zugeliefert – allein 18 Prozent aller Vorleistungsbezüge kamen aus dem Pharmabereich selbst. Das hängt auch damit zusammen, dass die hiesigen Pharmaunternehmen stark spezialisiert sind und vor allem innovative und komplexe Fertigarzneimittel sowie Impfstoffe und Zubereitungen für Diagnostika herstellen.

- **Nur ein Drittel der Vorleistungen kommt aus dem Ausland.** Naheliegenderweise kaufen die Pharmafirmen Dienstleistungen, Bauleistungen und Energiegüter vornehmlich vor Ort. Aber auch bei pharmazeuti-

Pharmaindustrie: Vorleistungen kommen überwiegend aus dem Inland

Vorleistungsbezüge der deutschen Pharmaindustrie aus diesen Branchen im Jahr 2017 in Millionen Euro



Sonstige Branchen:
Dienstleistungen, Bau,
Energie, Agrarwirtschaft
Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

schen Vorprodukten dominiert das Ausland keineswegs (Grafik Seite 14):

Im Jahr 2017 bezog die hiesige Pharmaindustrie Vorleistungen aus der eigenen Branche im Wert von mehr als 3,4 Milliarden Euro – gut die Hälfte davon wurde von inländischen Firmen zugeliefert.

Bei den Vorerzeugnissen aus der Chemiebranche betrug der Inlandsanteil sogar nahezu 60 Prozent. Per saldo steuern inländische Zulieferer zwei Drittel aller Vorleistungen bei, ein Drittel kommt aus dem Ausland.

• **China steht im Ranking der Lieferanten eher hinten.** Schaut man speziell auf die Herkunftsländer der pharmazeutischen Vorleistungen, zeigt sich, dass die hiesigen Pharmafirmen vor allem auf europäische Lieferanten bauen (Grafik):

Rund 85 Prozent der im Jahr 2017 importierten pharmazeutischen Vorleistungen kamen aus der EU sowie aus der Schweiz – sie allein steuerte 44 Prozent der importierten pharmazeutischen Vorprodukte bei.

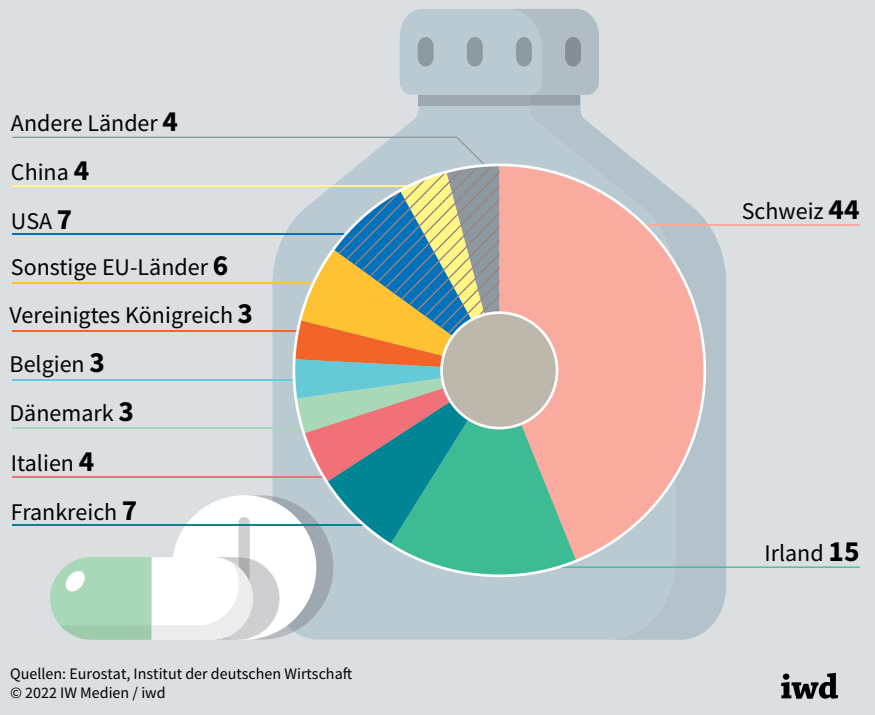
China dagegen lieferte lediglich 4 Prozent aller pharmazeutischen Vorleistungsimpote.

Eine weitergehende Analyse zeigt zudem, dass auch die wichtigsten europäischen Partnerländer der deutschen Pharmaunternehmen nur zu geringen Anteilen industrielle Vorleistungen aus China beziehen.

Unterm Strich weisen die Daten nicht auf eine starke Abhängigkeit der deutschen Pharmaproduktion von chinesischen Zulieferern hin. Allerdings gilt es zu bedenken, dass China vor allem generische Produkte, also preisgünstige Nachahmungen von Arzneimitteln und Wirkstoff-

Pharmaindustrie: Europa liefert zu

So viel Prozent der pharmazeutischen Vorleistungsimpote der deutschen Pharmaindustrie kamen im Jahr 2017 aus diesen Ländern



fen liefert, deren Patentschutz ausgelaufen ist. Der monetäre Wert dieser Vorleistungen ist daher relativ gering. Das muss aber nicht unbedingt für die importierten Mengen gelten, sodass strategische Abhängigkeiten bei einzelnen dieser Produkte nicht auszuschließen sind.

Doch selbst wenn die Politik in solchen Fällen einschreiten will: Die Produktion nach Deutschland oder in andere europäische Länder zurückzuverlagern, wäre ein ungewisses, zeit- und vor allem kostspieliges Vorhaben für die Unternehmen. Zudem ist unklar, wie künftig Produktionsverlagerungen in jenen Fällen verhindert werden sollen, in

denen aktuell innovative Arzneimittel ihren Patentschutz verlieren.

Zielführender ist es, den Pharmastandort Deutschland grundsätzlich zu stärken. Das kann die Bundesregierung tun, indem sie Genehmigungs- und Zulassungsverfahren beschleunigt (siehe Seiten 6–7), die Steuerbelastung für die Unternehmen reduziert und die Wagniskapitalbedingungen für Start-ups im Pharmasektor verbessert.

Aus IW-Trends 1/2022

Jasmina Kirchhoff: Vorleistungsverflechtungen der deutschen Pharmaindustrie im internationalen Vergleich
iwkoeln.de/pharmaindustrie_vorleistungen

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, enssberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

15,87

Milliarden Euro gaben die Verbraucher in Deutschland im Jahr 2021 für Biolebensmittel und -getränke aus. Das waren annähernd 1 Milliarde Euro mehr als im Vorjahr. Dadurch erhöhte sich der Bioanteil am deutschen Lebensmittelmarkt auf 6,8 Prozent. Besonders große Wachstumsraten verzeichneten die Segmente Ökofleisch sowie Biomilch- und -butteralternativen – diese Produkte wurden zwischen 27 und 14 Prozent mehr nachgefragt als im ersten Corona-Jahr 2020, das mit einem Umsatzplus von 22 Prozent das bislang erfolgreichste für die Branche war.

Den Großteil der Umsätze erzielte im vergangenen Jahr mit knapp 10 Milliarden Euro der Lebensmittel Einzelhandel. Die übrigen 6 Milliarden Euro wurden im Biofachhandel sowie auf sonstigen Verkaufsf lächen umgesetzt, wozu Wochenmärkte, Metzgereien, Bäckereien, Ab-Hof-Verkaufsstellen sowie Abo-Kisten zählen.

Der Markt für Biolebensmittel hat sich in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Aktuell gibt es in der Bundesrepublik fast 36.000 Biohöfe, die 1,78 Millionen Hektar bewirtschaften. Damit ist hierzulande mittlerweile jeder siebte Hof ein Biobetrieb.

Top-Liste: Deutsche Exportschlager

Corona hat so gut wie alles durcheinandergewirbelt. Doch die Exportschlager der deutschen Wirtschaft sind dieselben wie vor dem Ausbruch der Pandemie: Obwohl die deutsche Automobilindustrie Produktionsprobleme infolge von Lieferengpässen bei wichtigen Bauteilen wie Chips hat, exportierte die Branche 2021 mehr als im Vorjahr. Nach vorläufigen Angaben wurden im vergangenen Jahr Kraftwagen und Kraftwagenteile im Wert von über 209 Milliarden Euro ins Ausland verkauft, das waren fast 12 Prozent mehr als im ersten Corona-Jahr 2020. Damit sind Lkw, Autos und Autoteile wieder einmal Deutschlands wichtigste Exportgüter. Dahinter folgen Maschinen mit einem Wert von rund 194 Milliarden Euro (plus 10,3 Prozent) und chemische Erzeugnisse für gut 136 Milliarden Euro (plus 21,7 Prozent).

Exportgüter: Die Top Ten

Deutsche Ausfuhren im Jahr 2021 in Milliarden Euro



Kraftwagen und Kraftwagenteile	209,4
Maschinen	194,4
Chemische Erzeugnisse	136,3
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	119,8
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	102,2
Elektrische Ausrüstungen	97,5
Metalle	67,3
Nahrungsmittel und Futtermittel	59,4
Gummi- und Kunststoffwaren	51,0
Metallerzeugnisse	46,6
...	
Insgesamt	1.375,4

Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse: z. B. pflanzliche oder homöopathische Arzneizubereitungen, Antisera
Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd